

**Kulturtransfer und auswärtige Kulturpolitik. Akteure und Faktoren polnisch-deutscher Beziehungen 1949–1990**

**Veranstalter:** Regina Wenninger, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München; Peter Oliver Loew / Julia Röttger, Deutsches Polen-Institut Darmstadt; Paweł Zajas, Adam-Mickiewicz-Universität Posen/Deutsches Literaturarchiv Marbach

**Datum, Ort:** 25.10.2018–26.10.2018, München

**Bericht von:** Katarzyna Salski, Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland – Porta Polonica, LWL-Industriemuseum – Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur

Noch bevor die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen 1972 persönliche Begegnungen sowie den politisch unterstützten interkulturellen Austausch erleichterte und beförderte, kam es im Zuge der „Taufperiode“ in Polen ab 1956 zu einem regen inoffiziellen Austausch zwischen Kulturschaffenden beider Länder. Die Fragen, wie sich offizielle von inoffizieller Kulturpolitik unterscheidet und wie das Verhältnis von Kultur und Politik bzw. von Kultur und Kulturpolitik in dieser bilateralen Beziehung zu begreifen ist, nahm die Tagung den deutsch-polnischen Kulturtransfer und die auswärtige Kulturpolitik in den Fokus. Die Tagung bot einen multiperspektivischen, interdisziplinären Blick auf ein breites Themenfeld und näherte sich dem Gegenstand in vier thematischen Sektionen: „Positionsbestimmungen“, „Institutionen und Akteure“, „Austausch und Transfer“ sowie „Funktionen und Strategien“. Referentinnen und Referenten aus den Bereichen kulturpolitischer Praxis, Geschichtswissenschaft, Kunstgeschichte sowie Literatur-, Film- und Musikwissenschaft präsentierten und diskutierten ihre Forschung und Überlegungen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch ein Grußwort vom polnischen Generalkonsul ANDRZEJ OSIĄK (München), der betonte, die Thematik habe in den letzten Jahren nicht im Fokus der wissenschaftlichen Forschung gestanden. Daher sei der angestoßene wis-

senschaftliche Diskurs gleichermaßen ein Novum wie von besonderer Wichtigkeit für den bilateralen Dialog.

In ihrer Einführung umrissen REGINA WENNINGER (München) und PAWEŁ ZAJAS (Posen / Marbach) inhaltliche und methodische Fragen, die das komplexe Verhältnis von Kultur und Politik im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen aufzeigen. Sie warfen die Frage auf, wie sich die bundesdeutsche auswärtige Kulturpolitik gegenüber der Volksrepublik Polen vor 1970 beschreiben lasse: Gab es überhaupt eine nennenswerte Außenkulturpolitik vor der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und wenn ja, welche Faktoren und Mittlerinstanzen waren im Spiel? Inwieweit hatten die damaligen bilateralen Kontakte ihre Eigendynamik und inwieweit wurden sie aus Bonn mitgesteuert? Was genau hatte es mit der „Politik des Apolitischen“ auf sich, d. h. der politischen Indiennahme eines scheinbar eigengesetzlichen Kulturaustauschs? Und: Wie lässt sich das Verhältnis zwischen Kultur und auswärtiger Kulturpolitik methodologisch verankern, sodass die Analyse sich nicht in einer positivistischen Nacherzählung des Archivmaterials erschöpft? Im letztgenannten Kontext wurden in der Einführung systemtheoretische Instrumentarien für die Analyse des Beziehungsgefüges von Kultur- und Außenkulturpolitik vorgeschlagen. Aufgrund einer systemorientierten Auswertung der Archive ließe sich zeigen, wann, wie und warum das kulturelle Feld das Interesse der Kulturpolitiker auf sich gezogen hat.

Die erste Sektion eröffnete der ehemalige Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen KURT-JÜRGEN MAAß (Stuttgart) und stellte gleich zu Beginn deutlich heraus, wie schwierig sich die Wiederanknüpfung der Kulturbeziehungen zwischen dem sozialistisch gewordenen Nachkriegspolen und der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland darstellte, die zunächst stärker um Vertrauensaufbau im Westen und um Aussöhnung in Richtung Israel bemüht war. Die unterrepräsentierte Rolle Polens in der Konzeption der deutschen auswärtigen Kulturpolitik habe sich auch nach Abschluss des Warschauer Vertrags von 1970 nicht nennenswert verändert, obwohl der außenkulturpolitische

---

Denkansatz der Regierung Brandt durchaus die Bedeutung von Kulturtransfer für die Völkerverständigung anerkannte. Gleichzeitig wurde die westdeutsche Außenkulturpolitik von der polnischen Seite als Instrument ideologischer Einflussnahme im Kalten Krieg angesehen (und vice versa). Als wesentlich für einen erfolgreichen und nachhaltigen Kulturaustausch benannte Maaß dagegen die engagierten deutschen und polnischen Zivilgesellschaften, welche trotz der außenpolitischen Schwierigkeiten zahlreiche kulturelle Austauschaktivitäten initiierten. Diese „Bewegung von unten“ trug bereits ab Mitte der 1950er-Jahre wesentlich zum inoffiziellen bzw. halboffiziellen Kulturexport aus Polen nach Westdeutschland bei, der sich ab 1970 und vor allem in den 1980er-Jahren in einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Kulturaustauschinitiativen in beide Richtungen verstärkte. Maaß stützte sich in seinen Darlegungen auf zahlreiche Richtlinien und Programme des auswärtigen Amtes sowie veröffentlichte Memoiren der involvierten Akteure.

CHRISTIAN SAEHRENDT (Thun) eröffnete seinen Vortrag mit den provokanten Fragen, ob die Beschäftigung mit bildender Kunst eine propagandistische Wirkung hervorrufen kann, ob hinsichtlich der auswärtigen Kulturpolitik der Westen oder der Osten größere Erfolge zu verzeichnen hatte und ob ein Kulturaustausch unterschiedlicher politischer Systeme überhaupt sinnvoll bzw. möglich sei. Kunst alleine könne zwar nicht politisieren, aber im Kontext anderer positiver Identitätsmerkmale durchaus politisch wirken. Daher diene Kunst den postmodernen Propaganda-Konzepten, die unter dem Begriff der „Soft Power“ stehen. Als alternativer Kommunikationskanal könne Kunst vor politischer Einflussnahme nicht geschützt werden, ebenso sei der Kunst ein „Virus der Freiheit“ immanent. Saehrendt betonte, dass Kunst als Gattung keinen Wettstreit politischer Systeme bestreiten könne, allerdings durchaus in der Lage sei, politische Ideologien in den Schatten zu stellen. Der Referent stellte dabei resümierend fest, dass die Bundesrepublik Deutschland während der Zeit des Kalten Krieges aufgrund ihrer unpolitischen Kulturauffassung viel größeren ideologischen Einfluss hatte als die DDR, welche

durch politische Regularien kaum Autonomie in der Kunst zuließ.

Während offizielle kulturpolitische Beziehungen fehlten, nahmen einzelne Institutionen sowie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im deutsch-polnischen Kulturaustausch zwischen 1949 und 1990 eine besondere Rolle ein. ANDREAS LAWATY (Lüneburg) widmete sich in seinem Vortrag den Anfängen des Deutschen-Polen Instituts (DPI). Er skizzierte die Gründung des DPI 1980, dessen in der Forschungsliteratur umschriebene Ursprungsidee auf das Bonner Forum der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen von 1977 zurückgeht, sowie die Rolle des Gründungsdirektors Karl Dedecius. Anhand von Briefen und schriftlichen Berichten u. a. des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und des Auswärtigen Amtes, das maßgeblich an den Gesprächen über die Gründung des Instituts beteiligt war, zeigte der Referent auf, dass sich die Empfehlung zur Gründung eines entsprechenden Instituts explizit auch um die Privatperson Karl Dedecius drehte und viel früher zu datieren ist. Lawaty verwies in diesem Kontext auf die ersten „Denkschriften zum Plan der Gründung einer deutsch-slawischen Bibliothek mit Übersetzungszentrum“, die Mitte der 1960er-Jahre entstanden sind und auf die in späterer Zeit zurückgegriffen wurde. Als Privatier sei es Dedecius dann gelungen, die Gründung voranzubringen, politischen Rückhalt für das Institut zu gewinnen und dennoch seine eigene Agenda eines Kulturdialogs durchzusetzen, der sich politisch neutral bzw. apolitisch zeigte. Für die bundesdeutsche auswärtige Kulturpolitik zur Volksrepublik Polen stellte Dedecius daher eine „Idealfigur“ dar, in der das Institut und die Privatperson miteinander verschmolzen, resümierte der Referent.

NAWOJKA CIEŚLINSKA-LOBKOWICZ (Warschau) verdeutlichte anschließend die Bedeutung des polnischen Kunsthistorikers Jan Białostocki für den polnischen Kulturtransfer nach Westen. Białostocki habe ab den späten 1950er-Jahren wichtige Impulse für die westlichen bzw. deutschen Kunsthistoriker gegeben. Sein 1966 auf Deutsch erschienener Band „Stil und Ikonographie“ sei, so Białostocki im Vorwort zur Neuauflage

von 1981, in Deutschland „in einem Moment einer gewissen kunsttheoretischen Armut in der europäischen Wissenschaft“ erschienen. Nach Cieślinska-Lobkowicz erkläre dies die immense Nachfrage unter den deutschen Zeitgenossen nach diesem Werk, mit dem Białostocki damals noch unbekannt oder wenig geschätzte Kunstwerke und Künstler in den internationalen kunsthistorischen Kontext brachte. Obwohl Jan Białostocki hinsichtlich der Provenienzforschung den offiziellen Erwartungen und Vorschriften der kommunistischen Regierung nicht entsprach, habe er aufgrund seiner ideologisch neutralen Haltung und seines internationalen Renommées für die Volksrepublik Polen als Visitenkarte ihrer erfolgreichen auswärtigen Kulturpolitik gegolten. Białostocki sei überdies ein herausragendes Beispiel für die Leistung einzelner Akteure, die die Verbindung zwischen Ländern unterschiedlicher politischer Systeme aufrechterhielten.

GABRIELA ŚWITEK (Warschau) beleuchtete in ihrem Vortrag die Arbeit des 1949 gegründeten Warschauer Zentralbüros für Kunstausstellungen / Centralne Biuro Wystaw Artystycznych (CBWA), welches das Kunstausstellungswesen in der Volksrepublik Polen im Sinne des sozialistischen Kulturprogramms koordinierte. In ihrer Übersicht von Ausstellungen ausländischer Gegenwartskunst stellte die Referentin die Bedeutung der Ausstellung „Wystawa prac grafików z Niemieckiej Republiki Federalnej“ 1956 in Posen heraus, die sich westdeutscher zeitgenössischer Grafikkunst widmete und erstmalig in der Volksrepublik Polen ausstellte. Die Organisation dieser Ausstellung durch das CBWA markiere das Tauwetter in der polnischen Kulturpolitik und sei als deutliche „Neuöffnung“ Polens in der künstlerischen Expansion in Richtung Westdeutschlands zu verstehen.

Die dritte Sektion widmete sich dem Austausch und Transfer von Kunst und Kultur mit besonderem Fokus auf die Gattungen Film und Musik. MARGARETE WACH (Siegen) untersuchte in ihrem Beitrag den Filmtransfer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen und stellte zunächst heraus, dass sich dieser überwiegend in der Filmrezeption, weniger in

der Filmproduktion bzw. -industrie abspielte. Filmfestivals, Programmkinos und (universitäre) Filmklubs boten insbesondere in der Bundesrepublik dem polnischen Film dafür ein aufgeschlossenes Forum bei überwiegend cineastischen und intellektuellen Milieus. Der polnische Film habe zudem maßgeblichen Einfluss auf die Filmschaffenden des Neuen Deutschen Films gehabt. Mit Beginn der Neuen Ostpolitik änderte sich der deutsche Blick zugunsten polnischer Filme, was zunächst in einer breiteren Rezeption der polnischen Werke, ab 1970 punktuell auch in kooperativen Filmproduktionen in beiden Ländern Ausdruck fand.

MARIANNE NOWAK (Mannheim) beleuchtete in ihrem Vortrag Aspekte des musikalischen Austauschs zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellte heraus, dass, während in der polnischen Kulturpolitik ab 1949 die Doktrin des sowjetischen Sozialismus galt und westliche Musik abgelehnt wurde, polnische Komponisten den Kontakt vermehrt nach Westdeutschland suchten. Der beidseitige Austausch und die fruchtbare Wechselwirkung zeige sich deutlich in der stetigen Teilnahme polnischer Komponisten an den „Internationalen Ferienkursen für Neue Musik“ in Darmstadt ab 1957, an der Einbindung polnischer Themen in besagten Musikkursen sowie andererseits an der Einbindung Darmstädter Elemente auf dem 1956 gegründeten internationalen Festival zeitgenössischer Musik „Warschauer Herbst“. Es sei anzunehmen, dass der signifikante Einbruch in den Teilnehmerzahlen polnischer Komponisten in Darmstadt ab 1960 auf politische Gründe sowie auf stärkere Einschränkungen hinsichtlich der Ausreisegenehmigungen zurückzuführen seien. Nowak zeigte in ihrem Beitrag auf instruktive Art und Weise, welchen konkreten Einfluss die Darmstädter Ferienkurse auf die kompositorischen Aspekte im Werk westdeutscher sowie polnischer Künstler hatten. Somit ist der historiographische und kulturpolitische Kontext auch auf die Mikroebene des musikalischen Werks verortet worden.

Auch SEBASTIAN BORCHERS (Essen) widmete sich dem Sujet der Musik und zeigte zum vorherigen Vortrag Parallellentwicklungen auf, in welcher sich den polnischen

---

Musikschaffenden aufgrund eines neuen kulturpolitischen Profils während der Tauwetter-Periode neue Handlungsspielräume boten. Dabei wurde ab 1956 die polnische Neue Musik um den Komponisten Krzysztof Penderecki staatlich gefördert und in den kulturpolitischen Kanon aufgenommen, da sie von den politischen Machthabern nicht mehr als etwas Dissidentes wahrgenommen wurde. Ab 1957 hatten polnische Musikschaffende die zuvor verbotene polnische Abteilung der „Internationalen Gesellschaft für Neue Musik“ (IGNM) reaktivieren können und eine stärkere Mitwirkung in verschiedenen Gremien und Ämtern erhalten, die maßgeblich für die kulturpolitische Musikentwicklung in der Volksrepublik Polen war. Ab etwa 1960 schloss sich schließlich eine neue Phase der polnischen Musikentwicklung an, in welcher der polnischen Neuen Musik auch in Westdeutschland ein großes Interesse entgegengebracht wurde und Werke polnischer Komponisten schnell einen festen Bestandteil in westdeutschen Konzertprogrammen bildeten. Gleichzeitig habe es aber durchaus auch Konfliktpunkte im musikalischen Austausch zwischen der Bundesrepublik und Polen gegeben, beispielsweise hinsichtlich der Ausreisegenehmigungen sowie der Autorenrechte über die Grenze hinweg.

ANNA PIOTROWSKA (Krakau) eröffnete mit ihrem Vortrag die vierte und letzte Sektion. Um sich dem Thema der Rezeption polnischer populärer Musik in Westdeutschland nähern zu können, grenzte die Referentin verschiedene Musikrichtungen sowie polnische Bands und Musiker voneinander ab und veranschaulichte deren (Miss-)Erfolge im Westen. Sie stellte dabei heraus, dass unter Pop und Rock im Westen etwas anderes zu verstehen sei als in Ländern des Ostblocks, deren populäre Musik überwiegend von der staatlich geförderten sowjetischen Schlager-Variante „Estrada“ bestimmt war. Dabei sei die polnische Folkloremusik ein erfolgreiches Kulturexportprodukt im Westen. Resümierend stellte Piotrowska heraus, dass sich insbesondere in den 1980er-Jahren polnische Musik in Westdeutschland sehr große Beliebtheit erfreute.

RÜDIGER RITTER (Chemnitz) setzte sich in seinem Vortrag mit der polnischen Kultur-

politik hinsichtlich des polnischen Jazz auseinander. Er betonte, dass Jazz, obwohl es sich faktisch nicht um Protestmusik handele, im politisch-ideologischen Einfluss nicht unwichtig sei, sondern im Gegenteil Menschen gegen eine bestehende Ordnung zu mobilisieren vermochte. Vor dem Hintergrund dieser These wäre die Annahme polnischer Kulturpolitiker in der Volksrepublik zu klären, dass Musik im Sinne des sozialistischen Kulturprogramms staatlich gelenkt werden müsse, da man sie nicht negieren könne. Dabei funktionierte die polnische Kulturpolitik aber in den verschiedenen Musikgenres und zu verschiedenen Perioden unterschiedlich. Ritter beschrieb die polnische Jazzpolitik in zwei konträren Phasen: Während sich bis 1956 sowohl eine Verunglimpfung des westlichen Jazz, ein Anti-Amerikanismus und die Förderung anderer Musikgenres ausmachen ließen, sei die post-stalinistische Jazzpolitik durch eine „Polonisierung“ des Jazz, die Aufnahme des Genres in die kulturpolitische Förderung und durch ein neues Selbstverständnis Polens als international führende Jazz-Nation gekennzeichnet. Trotz dieser kulturellen Öffnung hatten polnische Jazzmusiker und -veranstaltungen in die 1980er-Jahre jedoch weiterhin unter kritischer Beobachtung der Behörden gestanden.

Der letzte Vortrag der Sektion befasste sich mit der Rolle des deutschen Jazz in der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik. MARIO DUNKEL (Oldenburg) stellte dabei die These auf, die Aufnahme des Jazz in die auswärtige Kulturpolitik sei mit einem veränderten Kulturbegriff einhergegangen, der ein vielfältigeres Verständnis von Kultur hatte. Dezentrale Strukturen der bundesdeutschen Kulturpolitik bis 1969 hätten eine neue Ausrichtung ermöglicht. Insbesondere die Impulse zu deutscher Jazzmusik des Goethe-Instituts Frankreich hatten entsprechend hohen Widerhall in der öffentlichen Wahrnehmung in Frankreich und schließlich auch Einfluss auf die auswärtige Kulturpolitik gehabt. Dabei könne man an der deutschen Jazzmusik ebenfalls Tendenzen einer Nationalisierung ausmachen: Jazz „Made in Germany“ sei als ein kulturelles Kapital verstanden worden, mit welchem man sich von einem tradierten Musikverständnis löste und in welchem man

gleichzeitig Momente der Selbstfindung eines neuen Deutschlands ausmachen könne.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Impulse und Fallbeispiele aus den Referaten, thematisierte die abschließende Diskussionsrunde vorwiegend neu eröffnete Fragestellungen. So wurde während der Tagung deutlich, dass es im deutsch-polnischen Kulturtransfer diverse Verflechtungen, asymmetrische Beziehungen, Schnittstellen und Synergien zwischen der Zivilbevölkerung und staatlichen Institutionen gab. Deutlich wurde auch, dass die Grenze zwischen Kultur und Politik bzw. zwischen Zivilgesellschaft und Staat in den gezeigten Beispielen verschwimmen und eine Definition dieser Begriffe im Kontext der interdisziplinären Betrachtung noch aussteht. Überlegungen gab es darüber hinaus zu der Frage nach der Bedeutung von Zivilpersonen im Kulturtransfer zwischen Deutschland und Polen in der Zeit, in der es keine kulturpolitischen Konzepte gab. An dieser Stelle wurden überdies mögliche Faktoren und Motivationen für eine kulturelle Grenzöffnung von Westdeutschland nach Polen diskutiert: So könnten branchenspezifisch auch schlicht ökonomische Gründe für eine kooperative Zusammenarbeit deutscher Kulturschaffender mit den polnischen Kollegen vorgelegen haben. Oder aber die Motivation deutscher Kulturschaffender für eine kulturelle Öffnung nach Osten rührte aus der Motivation einer Aussöhnung mit Polen.

Artikulierte wurden von den Organisatoren zum Abschluss auch die Lücken der Tagung, die sich weder mit den Einflüssen des polnischen Exils, der deutschen Polonia oder der polnischen katholischen Kirche im deutsch-polnischen Kulturtransfer, noch mit möglichen personellen (Dis-)Kontinuitäten zum Nationalsozialismus ausführlich befassen konnte. Auch das deutsch-deutsche Konkurrenzverhältnis in kulturpolitischen Angelegenheiten konnte nur ungenügend berücksichtigt werden. Doch es war nicht Zweck dieser Tagung, einen abschließenden Forschungsstand zu präsentieren, sondern eine Diskussion anzustoßen und neue Impulse für eine wissenschaftliche Forschung zu geben.

Dies ist der Tagung zweifellos gelungen. Zu ihren Verdiensten zählte insbesondere, dass

sie Forscherinnen und Forscher zusammenbrachte, die zwar zu ähnlichen Fragestellungen, aber in getrennten Disziplinen arbeiten und zwischen denen nur selten ein Austausch stattfindet. Unter dem übergreifenden Thema Kulturtransfer und auswärtige Kulturpolitik gelang es, einen überaus lebendigen und erhellenden Dialog über Fächergrenzen hinweg in Gang zu setzen, dem eine Fortsetzung und Vertiefung zu wünschen ist.

#### **Konferenzübersicht:**

##### *Begrüßung*

Regina Wenninger

##### *Grußwort*

Generalkonsul Andrzej Osiak

##### *Einführung*

Regina Wenninger / Paweł Zajas

Kurt-Jürgen Maaß: Trennung, Traumata, Tabus – die schwierige Rolle der Außenkulturpolitik in Polen

Christian Saehrendt: Wer repräsentiert das bessere Deutschland? Die konkurrierende auswärtige Kulturpolitik von BRD und DDR – veranschaulicht in Ausstellungen bildender Kunst in Polen, Frankreich, Äthiopien und Mosambik

Andreas Lawaty: Politik des Apolitischen. Die Anfänge des Deutschen Polen-Instituts um 1980

Nawojka Cieślińska-Lobkowitz: Über nationale und politische Grenzen hinweg? Der polnische Kunsthistoriker Jan Białostocki (1921–1988)

Gabriela Świątek: Polish Thaw and German Graphic Arts: The Case of the Central Office for Art Exhibitions in Warsaw

Margarete Wach: Festivals, Kommunalkinos, Filmclubs – polnisch-westdeutscher Kulturtransfer im Windschatten von Tauwetter und Ostpolitik

Marianne Nowak: Von Warschau nach Darmstadt und zurück – musikalischer Austausch bei Festivals um 1960

Sebastian Borchers: Handlungsspielräume auswärtiger Kulturpolitik: Neue Musik aus

---

Polen im westdeutschen Musikleben der  
1960er-Jahre

Anna Piotrowska: Music to Enjoy, Music to  
Export: On Various Functions of Music in  
Polish-FRG Relations on the Example of Pop  
and Folk Music

Rüdiger Ritter: Polski Jazz – vom Hassobjekt  
des polnischen Stalinismus zur international  
erfolgreichen Marke staatssozialistischer Kul-  
turpolitik

Mario Dunkel: Zur Rolle des Jazz in der west-  
deutschen auswärtigen Kulturpolitik

*Abschlussdiskussion*

Moderation: Peter Oliver Loew / Julia Röttjer

Tagungsbericht *Kulturtransfer und aus-  
wärtige Kulturpolitik. Akteure und Faktoren  
polnisch-deutscher Beziehungen 1949–1990.*  
25.10.2018–26.10.2018, München, in: H-Soz-  
Kult 04.02.2019.